

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten betreffend eine Verschärfung der Asylpolitik

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass

- ein „Informationssystem“ geschaffen wird, Personen, welche Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellen, verbindlich an das Bundesamt für Fremden- und Asylwesen gemeldet werden müssen, sowie ein lückenloser Informationsaustausch zwischen allen beteiligten Behörden und betreuenden Organisationen sichergestellt wird,
- die rechtliche Möglichkeit geprüft und umgesetzt wird, noch offene Asylverfahren von auffällig gewordenen Asylwerber zu beschleunigen und
- bereits rechtskräftig verurteilte Asylwerber auf Basis der bestehenden Verfassungsbestimmungen konsequenter abgeschoben werden.

Begründung

Der Doppelmord durch einen in 1. Instanz zu lebenslanger Haft verurteilten afghanischen Asylwerber in Wullowitz zeigt auf, dass es im Asylwesen gewisse Anpassungen braucht, um mehr Sicherheit für alle Beteiligten gewährleisten zu können und ein friedliches Miteinander zu ermöglichen.

Neben diesem schrecklichen Mordfall in Oberösterreich lösen auch die sich seit Jahren häufenden Berichte über Gewalt-, Sexual- und Eigentumsdelikte, bei denen eine vermeintliche Beteiligung von Asylwerbern bzw. Migranten im Raum steht, bei der heimischen Bevölkerung große Sorge um die allgemeine, insbesondere die persönliche Sicherheit aus.

In den letzten Jahren wurden immer wieder auch Wertehaltungen mitimportiert, die mit unserer nicht vereinbar sind. Verbunden mit Gewaltbereitschaft führt dies zu erheblichen Problemen und Gefahren.

Die unterzeichnenden Abgeordneten sprechen sich für eine differenzierte Betrachtung dieser Problematik und insbesondere für eine sachliche, zweckgerichtete und rechtsstaatliche Lösung aus.

Die Bundesregierung wird daher ersucht, die im Resolutionstext angeführten Forderungen zu prüfen und umzusetzen.

Linz, am 16. Juni 2020

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Mahr

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Kirchmayr, Aspalter, Tiefnig, Langer-Weninger, Ecker, Hingsamer, Hattmannsdorfer, Stanek